

Politisches Dokument des EL-Kongresses

Europa neu gründen; neue, progressive Bündnisse schaffen

Seit dem 4. Kongress im Dezember 2013 in Madrid und besonders seit Anfang 2015 haben sich die Krisen und Spaltungen quer durch Europa vertieft, bis hin zu einer existenziellen Krise der Europäischen Union. Wirtschaftliche und soziale Probleme haben sich verschärft. In dieser Zeit gesellten sich zu einer immer aggressiveren Diktatur der Sparpolitik zudem noch Auflösungserscheinungen hinzu. Die vorherrschenden politischen Kräfte, sowohl die Konservativen, die Christdemokraten oder die Neoliberalen, zu denen man den rechten Flügel der Sozialdemokraten zählen muss, die den Kapitalismus als unüberschreitbaren Horizont ansehen, stecken in einer Sackgasse fest. Sie sind mit der Krise des Kapitalismus, in die sie die EU selbst geführt haben und massiven Spaltungen in ihren politischen Familien konfrontiert. Die Zukunft Europas ist von einer wachsenden Unsicherheit überschattet, umso mehr als die Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse direkte Auswirkungen auf die EU und ihr Wirken in der Welt hat.

Das europäische Haus hat überall Risse und könnte zusammenbrechen. Das europäische Projekt wird wieder einmal in seiner Gesamtheit und seine Grundlagen betreffend in Frage gestellt. Die Werte, die die Europäische Union angeblich begründen, sind faktisch verschwunden. Die unterschiedliche Behandlung von Ländern wie Griechenland und denen, die wie Großbritannien den Rang einer Regionalmacht für sich in Anspruch nehmen können, zeigt die Brutalität des Kräfteverhältnisses, auch des institutionellen, innerhalb der EU. Der Brexit markiert einen Wendepunkt in der Geschichte der Europäischen Union. Schon vor dem Referendum verankerten die Verhandlungen über den Brexit die Praxis des Sozialdumpings stärker in der EU. Die Tatsache, dass sich eine Bevölkerung das erste Mal seit 1957 dafür entscheidet, die Europäische Union zu verlassen, verdeutlicht die Schwäche eines auf Märkte und Finanzen fixierten Europas. Das offensichtliche Scheitern und die Weigerung der EU, die Flüchtlingsfrage auf der Grundlage der Prinzipien der Solidarität und des internationalen Rechts zu lösen, bezeugen den Bankrott des gegenwärtigen Modells und verstärken den schwerwiegenden Trend zu einem Zerfall der EU. Die Ausweglosigkeit und das Scheitern der Politik der EZB, die noch mit Verlust zwischen heute und März 2017 1,5 Billionen Euro allein für den Profit der Banken und der großen Konzerne in den Markt pumpt, zeigt ihre strukturelle Unfähigkeit, ein anderes ökonomisches Modell ins Auge zu fassen. Man hält uns seit Jahren die Dogmen der Verträge entgegen, um fortschrittliche Veränderungen, die wir vorschlagen, abzuweisen. Aber die Wahrheit ist, dass heute alles auf dem Tisch liegt und alle Debatten wieder offen sind.

Heute sind die Kräfte des status quo überall in Europa in der Defensive und die Kräfte der Reaktion in der Offensive. Die Rechte und die extreme Rechte bieten rückwärtsgewandte und fremdenfeindliche Lösungen an. Die politische Krise ist allumfassend. Der Kontinent steht vor einem Wendepunkt, an dem sich die Völker wieder in sich selbst zurückziehen könnten, mit all den Risiken von Spannungen und Zerfall, die das mit sich bringt. Zugleich steht der Krieg an den Toren der Europäischen Union, in der Ukraine und an den Ufern des Mittelmeeres.

In diesem Umfeld muss die EL mehr denn je die Offensive für ein solidarisches, feministisches, demokratisches und kooperatives Europa ergreifen. Die EL versammelt eine breite Front verschiedener Kräfte: KommunistInnen, SozialistInnen, RepublikanerInnen, AntikapitalistInnen, Grüne, FeministInnen, ÖkosozialistInnen und andere demokratische und progressive Gruppen. In dieser Zeit des verschärften Klassenkampfes versteht sie sich als Werkzeug im Dienste der Interessen der Mehrheit in Europa, indem sie den Standpunkt des demokratischen Sozialismus für alle Völker Europas vertritt. Die historische Krise der Sozialdemokratie entspringt der Anpassung ihrer Führung an den Neoliberalismus und den neoliberalen Aufbau der EU seit den 80ern. Dies kann Möglichkeiten für die Schaffung einer linken Verteidigung eines alternativen Projekts zum Neoliberalismus bieten. Die EL sieht einer offenen Diskussion über so ein Projekt mit allen verfügbaren Kräften erwartungsvoll entgegen.

Im Bewusstsein dieser Herausforderungen schlägt die EL der gesamten politischen Linken in Europa, den sozialen und zivilgesellschaftlichen Kräften, die dazu bereit sind, vor, Räume für umfassende

Debatten zu eröffnen, breite Kampffronten für den Aufbau von anti-neoliberalen Mehrheiten, die in der Lage sind, das Kräfteverhältnis zugunsten der Völker umzukehren. Der Ausgang der politischen und wirtschaftlichen Erschütterungen steht noch nicht fest. Wir können mit dem stetigen Aufstieg der Rechten und extremen Rechten in ganz Europa das Schlimmste entstehen sehen. Wir sehen aber auch den Aufstieg linker Kräfte, die - sicher unter einem sehr ungünstigen Kräfteverhältnis - versuchen, fortschrittliche Auswege zu eröffnen, wie in Griechenland, Portugal, Spanien und Irland. In diesem Zusammentreffen sehr widersprüchlicher Tendenzen ist die Verantwortung der Europäischen Linken größer denn je. Die europäischen Völker müssen dringend aus dem tödlichen Dilemma ausbrechen, in das die herrschenden Klassen sie bringen wollen: entweder die endlose Austeritätspolitik und unsoziale Konkurrenz akzeptieren oder sich autoritären Spielzügen unterwerfen, die sie aus der Eurozone oder gar der EU ausschließen wollen; entweder den unbegrenzten Freihandel der kapitalistischen Globalisierung akzeptieren oder sich in sich selbst zurückziehen. Wir lehnen die noch brutalere Entfesselung der Konkurrenz zwischen den Völkern und der Spekulation gegen sie ab, was die Krise noch verschärfen und sogar zu einem großen zivilisatorischen Rückschritt in ganz Europa führen könnte. Wir rufen zu einem Europa der Solidarität und des gemeinsamen sozialen Fortschritts auf.

Unser Ziel ist es, eine andere Möglichkeit, einen anderen Weg zu eröffnen. Diese neue Hoffnung muss den Weg tiefgreifender Veränderungen in Europa nehmen, um ein neues Europa, ein anderes Europa zu gründen und auch um die Menschen vor der Austeritätspolitik zu schützen und zu verhindern, dass sie sich der Fremdenfeindlichkeit zuwenden. Das unterstreicht die dringende Notwendigkeit, die bestehenden Kräfteverhältnisse zu ändern, nicht nur in jedem unserer Länder, noch weniger in einem einzelnen, sondern nach und nach in mehreren Ländern und im gesamteuropäischen Rahmen.

I - Die historische Krise der europäischen Konstruktion: Die Bruchlinien

1/A Eine sich verschlechternde internationale Situation

Die Unfähigkeit der herrschenden Klassen, dauerhafte Lösungen für die systemische Krise des Kapitalismus von 2008 anzubieten, ist ein Strukturelement der europäischen Krise. In der Handhabung der 2008 ausgebrochenen Krise wurde versucht, das neoliberale Vorkrisen-Modell wiederherzustellen, bei dem die Privilegien des „einen Prozent“ und die Handlungsfreiheit der Banken und großen Konzerne garantiert wurden. Die Krise führte zum Produktionsrückgang und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, und verursachte wachsende Ungleichheiten in jedem Land und zwischen den Ländern. Das Gespenst einer Jahrhundertstagnation geht um. Schlimmer noch wurden die Bedingungen für eine finanzielle Überakkumulation als Grundlage für einen neuen, noch größeren Finanzcrash in den kommenden Jahren reproduziert.

Seit Beginn der 2000er Jahre hat die finanzielle Deregulierung die Immobilienpreise und die Kreditsummen für Bauträger und Hausbesitzer in unvorhersagbare Höhen schießen lassen, was zu breiter Verschuldung und Kreditblasen geführt hat. Größere Städte erlebten eine von der Gentrifizierung gesteuerte Umstrukturierung der zentralen städtischen Gebiete mit dem Ergebnis einer umfassenden sozialen Säuberung von der armen Bevölkerung. Während des finanziellen Zusammenbruchs um 2008 konnten wir beobachten wie Finanzunternehmen massiv unterstützt wurden, in die Millionen für den Bail-out gepumpt wurden, was in Konsequenz die Staaten in Schulden stürzte und mit Austeritätsmaßnahmen gegen die Bevölkerung kombiniert wurde. Erhebliche Zahlungsausfälle und Zwangsräumungen, zunächst und vor allem in Spanien, haben sich über den europäischen Wohnungsmarkt ausgebreitet und so die Bedingungen für den nächsten Krisenausbruch geschaffen.

Die vielgestaltige europäische Krise, die sich bis nach Russland erstreckt, fügt sich in die neuen weltweiten Ungleichgewichte ein, die sie verstärkt: Die Entwicklung der amerikanischen und chinesischen Wirtschaften geht zunehmend auseinander, was die gesamte Weltwirtschaft destabilisiert. Die „Schwellenländer“ sind gleichermaßen erschüttert worden: fallende Rohstoffpreise, schwankende Wechselkurse und die Versuchung, ausschließlich auf Export zu setzen. Das Wachstum der

öffentlichen und privaten Schulden, die sich zwischen 2005 und 2014 mehr als verdoppelten, destabilisiert die Wirtschaft zusätzlich. Während die Industrieproduktion 2015 um drei Prozent zurückging, ist die Politik der EZB nicht in der Lage, die Wirtschaft nennenswert anzukurbeln. Schlimmer, diese Politik nährt eine Spekulationsblase auf die Staatsschulden. All das zeigt die Unfähigkeit der herrschenden Klassen, eine neue Politik zu entwickeln und die politische und moralische Sackgasse, in die sie Europa treiben.

Drei neue Elemente sind seit 2013 aufgetaucht.

Zunächst ist Krieg wieder unmittelbar am Horizont von Europa erkennbar. Der Bürgerkrieg in der Ukraine hat seit April 2014 mehr als 10.000 Menschenleben gefordert. Er erzeugt tiefgreifende Spaltungen in Europa, die an die des Kalten Krieges erinnern. Die Minsker Abkommen sind noch immer nicht vollständig umgesetzt worden. Die Europäische Linke fordert die tatsächliche Umsetzung der Minsker Abkommen durch alle Konfliktparteien. Das Chaos, das in weiten Teilen des Globus, von Afrika bis zum Nahen und Mittleren Osten regiert, destabilisiert die internationalen geopolitischen Kräfteverhältnisse. Der Zerfall ganzer Staaten wie Irak oder Syrien unter den doppelten Schlägen von hauptsächlich vom westlichen Imperialismus angestifteten Kriegen und exzessiver Liberalisierungspolitik lässt neuen Totalitarismen und neuem Aberglauben wie dem des sogenannten „Islamischen Staates“ freies Feld. Ganze Regionen des Erdballs müssen sich mit einer barbarischen Infragestellung der Prinzipien von Gleichheit und Gerechtigkeit auseinandersetzen.

Der Bürgerkrieg in Syrien ist dabei, der blutigste Konflikt seit 1945 zu werden. Er resultierte aus der brutalen Reaktion des Assad-Regimes auf die friedliche demokratische Bewegung, später wurde er durch die Intervention regionaler und internationaler Mächte in einen regionalen, indirekt sogar internationalen, Konflikt verwandelt. Die EL unterstützt in diesem Zusammenhang den Kampf der KurdInnen, deren Kräfte praktisch die einzigen sind, die in wesentlichen Größenordnungen für eine demokratische, pluralistische und antipatriarchale Gesellschaft kämpfen. Die Europäische Linke betont, dass eine nachhaltige, friedliche und politische Lösung dringend geboten ist. Wir unterstützen die Idee eines globalen Friedensplans für den Nahen Osten und die Mittelmeerregion.

Die Vereinbarung zwischen den Großmächten und dem Iran beseitigt zumindest vorläufig eine Kriegsgefahr. Zudem nimmt sie den Staaten der Region den Vorwand für die Ausstattung mit Nuklearwaffen. Die Europäische Linke tritt für die Einrichtung einer kern- und massenvernichtungswaffenfreien Zone im Nahen Osten ein. Das trifft auch auf Israel zu. Die EL tritt für die Perspektive der globalen nuklearen Abrüstung ein.

Die Konflikte im Nahen Osten haben, verschärft durch die imperialistischen Interventionen, Tür und Tor für Terrorismus und Extremismus geöffnet, die nun im Herzen Europas angreifen. Terroristische Anschläge sind die schlimmsten Feinde der Demokratie, zum einen an sich, zum anderen, weil sie zum Vorwand genommen werden, „Antiterrorgesetze“ einzuführen, die die Grundrechte untergraben. Darüber hinaus eröffnen sie Raum für fremdenfeindliche und rassistische Propaganda und rechtsextreme Kräfte. Aus diesen Gründen müssen diese aus einer totalitaristischen Ideologie stammenden Phänomene unermüdlich bekämpft werden.

Zudem verschärft sich trotz aller Warnungen die ökologische Krise. Die Frage ist nicht, ob wir in eine ökologische Krise geraten, sondern wie wir einen Ausweg aus der ökologischen Krise finden, in der wir uns seit mehreren Jahren befinden. Wir wissen, dass eine Erwärmung der unteren Atmosphäre über 1,5° C im Vergleich zur vorindustriellen Ära mehr als wahrscheinlich zu ökologischen und sozialen Katastrophen führen wird, die sehr schwer rückgängig zu machen sind. Die ökologische Krise ist ein Ergebnis der Ausweitung der kapitalistischen Produktionsweise, die einerseits zu einem unbegrenzten Produktivismus auf Kosten der natürlichen Ressourcen führt, andererseits zu einem entfremdeten Konsumismus. All das geht auf Kosten von gesellschaftlich notwendiger Produktion und sozialer Bedürfnisse, die entwickelt und befriedigt werden müssten. Die Welt der Zukunft, die neu gedacht werden muss, ist nicht zu trennen von einer langfristigen Betrachtung unserer natürlichen Umwelt, den Grenzen, die die Gesellschaft fähig sein muss, für die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, zu setzen und der Suche nach einem „guten Leben“, das die menschliche Entfaltung in untrennbarer Verbindung mit der Entwicklung einer lebensfähigen Umwelt in den Blick nimmt. Heute ist jede sozialistische Perspektive untrennbar mit dem ökologischen Übergang, der Umwandlung der

Produktionsweise im Sinne der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse und der Bewahrung der Umwelt vereint.

Die Welt steht einer Herausforderung für die Zivilisation gegenüber. Die Wahl Donald Trump's, eines skrupellosen, militaristischen, sexistischen und rassistischen, milliardenschweren Abenteurers, der von ultrakonservativen und rechten amerikanischen Käften unterstützt wird, an die Spitze der globalen Supermacht, kann eine Periode großer Instabilität einleiten. Die Kandidatur Hillary Clinton's bot sicherlich keine echte Alternative. Der Umschwung in den USA kann nun jedoch der Beginn einer neuen Wirtschaftskrise und Kriegsspirale werden. Dieses Ergebnis ist die Frucht sozialer Spaltungen, hervorgerufen durch die kapitalistische Globalisierung sowie das Aufkommen von Angst und Hass durch das Versagen der Weltordnung.

2/ Zersplitterte Gesellschaften werden in die Knie gezwungen

Die Austeritätspolitik führt zu massivem Sozialabbau in ganz Europa. Löhne, Tarifabkommen und Sozialleistungen stehen durch die Sparpolitik unter permanentem Beschuss. Die herrschenden Klassen benutzen die Krise, um für die durch die Arbeiterkämpfe des 20. Jahrhunderts errungenen sozialen Rechte Rache zu nehmen. Massenarbeitslosigkeit, Jobunsicherheit und Armut entstellen alle Gesellschaften Europas. Der gegenwärtige Freihandel innerhalb der Grenzen der EU, ohne irgendeine Form der sozialen Angleichung, präferiert soziales Dumping, um sich greifende Deregulierung und die Senkung des Wertes der Arbeit. Im Namen dieser Erpressungen zerstören wir die sozialen Sicherheiten, kündigen schneller und einfacher, prekarisieren wir und erdrosseln die ökonomische Aktivität. Die Ungleichheit der Geschlechter wird durch wachsende Jobunsicherheit verstärkt.

Geschlechterungleichheit und die Ausbeutung von Frauen nehmen stetig zu. Frauen sind auf dem Arbeitsmarkt immer weniger geschützt. Schwarzarbeit im häuslichen Bereich trifft insbesondere Migrantinnen schwer. Der Handel mit Migrantinnen und Frauen aus Osteuropa als Haushalthilfe muss aufhören. Stattdessen müssen wir für gute und bezahlbare öffentliche Kinderbetreuungsangebote kämpfen, so dass alle Frauen gleichberechtigt mit den Männern am Arbeitsmarkt teilnehmen können – dass heißt, Frauen sollten die gleiche Bezahlung erhalten wie Männer. Bei gesellschaftlichen und sozialen Themen wurde nichts dafür getan, um Rechte nach oben anzugleichen, insbesondere das Recht auf Arbeit und Frauenrechte. Dieser Rückfall bei den Frauenrechten ist fatal. Die Austeritätspolitik drängt sie in die Schwarzarbeit, aus dem Arbeitsmarkt oder sogar in die Prostitution.

Die Rechte und Tarifabkommen, die die Beziehung zwischen Arbeitenden und Arbeitgebern bestimmen, kommen in ganz Europa mehr und mehr in Bedrängnis. Die Wachstumsraten nahezu aller Eurozoneländer sind sehr gering oder gar nicht vorhanden: Die durchschnittliche Wachstumsrate in der Eurozone im 2. Quartal 2015 betrug 0,3 Prozent. Diese Vision, die auf der Reduktion von „Kosten“ (Arbeit, Öffentliche Hand, Sozialschutz) um jeden Preis basiert, verhindert jeglichen gesunden Wirtschaftsaufschwung und verursacht Massenarbeitslosigkeit. Ein Viertel aller EuropäerInnen (122 Millionen) ist von Armut bedroht. Diese Zahlen sind für Frauen, junge Menschen und Kinder noch höher. Es führt sogar in eine humanitäre Krise, die durch den Abbau der öffentlichen Gesundheitsdienste verstärkt wird. Die Öffentlichen Dienste werden überall durch den neoliberalen Kapitalismus attackiert.

Die Ungleichgewichte in Europa werden durch die Austeritätspolitik und die daraus folgende wirtschaftliche Stagnation noch verschlechtert. Die ökonomischen und sozialen Ungleichheiten zwischen Nord- und Südeuropa wachsen. Die Kluft zwischen den Ländern, in denen die Arbeitslosenquote bei Null liegt und jenen, in denen sie beständig zunimmt, wird immer breiter. Die offiziellen Zahlen zeigen eine Lücke von 20 Punkten zwischen Griechenland und Deutschland. Dieser Kontrast ist bei den unter 25-jährigen noch deutlicher, bei denen sich die Lücke versiebenfacht hat. Die nächste Generation weiß, dass es ihr insgesamt schlechter gehen wird als ihren Eltern. Wettbewerb verstärkt die Ungleichgewichte zwischen den Regionen und großen Städten Europas. Der Zusammenbruch der öffentlichen Dienste lässt unsere Gesellschaft zerbrechlicher werden und mehr und mehr Menschen werden ausgeschlossen. Diese Spaltungen nähren gefährliche, auf Trennung zielende Ideologien.

Die Jahre nach der Wiedereinführung des Kapitalismus und der durch die europäische Integration herbeigeführte Übergang haben in den Ländern Mittel- und Osteuropas nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Der Lebensstandard und die Löhne sind insgesamt viel niedriger als in anderen europäischen Ländern. Nahezu alle Banken sind privatisiert worden und die Mehrheit von ihnen ist nun im Besitz westlicher Banken. Die Produktionssysteme wurden abgebaut, was zu Massenarbeitslosigkeit und der Abwanderung hunderttausender Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben führte. Ländliche Regionen sind komplett sich selbst überlassen.

All dies verdeutlicht das Risiko eines massiven sozialen Verfalls, der den Kontinent bedroht. Die Europäische Union ist kein Regulierungsfaktor mehr. Sie treibt nun eine Politik voran, die die Krise und ihre Konsequenzen verschlimmert.

3/ Die demokratische Krise: Betrogene Völker und eine fragmentierte EU

Der Verfall der Demokratie hat sich seit 2015 verstärkt, wobei einige Länder und Themen unterschiedlich behandelt wurden. Die herrschenden Klassen untermauern ihre Position mit einem monetär-fiskalischen und finanziellen Autoritarismus und indem sie bei der Staatshaushalts- und Schuldenfrage einen autoritären Föderalismus praktizieren. Junckers Aussage nach dem Wahlsieg Syrizas 2015, dass „es keine demokratische Wahl gegen die Europäischen Verträge“ gäbe, zeigt, dass, je stärker das Modell versagt, desto mehr werden die Verträge von ihren BefürworterInnen gepriesen. Die ökonomische Absurdität des 3% Budgetdefizit-Dogmas der EU-Regierenden findet heute breite Akzeptanz, selbst von Liberalen, ohne dass jemand gegen dieses politische Werkzeug protestiert, das die Völker und Regierungen, die sich ihm entziehen wollen, versklaven will. Dem Griechenland und der Syriza-Tsipras-Regierung auferlegten Diktat war ein wahrhaftiger Bankenputsch vorausgegangen, der darauf abzielte, dem Land die Lebensgrundlage zu entziehen. Es zeigt die Brutalität der von der Troika gewählten Methoden, um Druck auf die Länder auszuüben und ihre komplette Missachtung der Wahlentscheidung der Menschen. Der weniger direkte Versuch, die portugiesische Regierung zu destabilisieren, folgt letztlich der gleichen Logik. Wenn allerdings David Cameron im Namen des Vereinigten Königreichs – einer viel größeren und einflussreicheren ökonomischen und diplomatischen Macht –, Konzessionen fordert, die die Arbeitnehmerrechte schwächen, wird ihm zugehört.

Die ultranationalistischen, autoritären und klerikalen Regierungen, die in Osteuropa an die Macht gekommen sind, verdeutlichen noch den Rückzug der Demokratie und die Beschneidung von Rechten. Darüber hinaus kämpfen sie dafür, die Geschichte aus reaktionärer Perspektive umzuschreiben.

Die linken und kommunistischen Kräfte in den Ländern Mittel- und Osteuropas sind permanenten Angriffen ausgesetzt. Die Regierungen tun alles, was sie können, um die progressiven Kräfte zu diskreditieren und zu zerstören, um selbst an der Macht zu bleiben. Seit 2014 ist der gesamte Apparat des ukrainischen Staates darauf konzentriert, die Kommunistische Partei der Ukraine zu zerschlagen. Das Ziel der „Dekommunisierung“-Kampagne in der Ukraine, Rumänien, Polen, Bulgarien und anderen Ländern ist es, kommunistische Organisationen zu verbieten und kommunistische Monumente und Erinnerungsstätten von der Landkarte zu tilgen. Es gibt jedoch legale Wege, sich diesen Prozessen entgegen zu stellen, wie die Beispiele der Republik Moldau und Ungarn zeigen.

In vielen EU-Ländern gibt es einen realen Rückfall in Bezug auf das Recht von Frauen über ihren eigenen Körper zu entscheiden. Es gibt schwerwiegende Angriffe auf das Recht zum Schwangerschaftsabbruch seitens rechter Regierungen und der katholischen und orthodoxen Kirche. Frauen haben hart dafür gekämpft, das Recht über ihren eigenen Körper wieder zu erlangen. Polnische Frauen konnten einen Sieg erringen. Das totale Verbot des Schwangerschaftsabbruchs wurde in einen Abbruch unter bestimmten Bedingungen geändert. Polnische Frauen setzen ihren Kampf für das Recht fort, selbst über einen Abbruch zu entscheiden. Der Körper einer Frau gehört ihr selbst und sie hat das Recht zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft beenden will oder nicht. Die Europäische Linke fordert das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in allen europäischen Ländern.

Bei sozialen und gesellschaftlichen Themen wird nichts getan, um Rechtsstandards denen der am höchsten entwickelten Länder anzupassen, insbesondere was das Recht auf Arbeit und Frauenrechte

angeht. Die EU tut rein gar nichts, um die Angriffe auf das Recht der Frau, ihren eigenen Körper zu kontrollieren oder sexistische Gewalt gegen sie zu sanktionieren. Wenn ein Land einseitig entscheidet, seine Grenzen zu schließen und die europäischen Migrationsregeln zu missachten, braucht es den Zorn Brüssels nicht zu befürchten. Bisher haben acht Länder ihre Grenzen geschlossen und die EU schaut untätig zu.

Der Brexit hat der Krise eine neue Dimension gegeben. Das Brexit-Ergebnis muss als Tatsache akzeptiert werden. Der Schock des Brexit deckt das Ausmaß der Ablehnung der neoliberalen Integration der EU auf. Er beleuchtet die Tiefe der territorialen und sozialen Spannungslinien nach mehr als dreißig Jahren Austerität und kapitalistischer Globalisierung. Das war ein sozialer Protest. Die extreme Rechte hat diesen Protest jedoch ausgenutzt. Die Strategie der Rechten hat die fremdenfeindlichen Kräfte von der Leine gelassen. Die neue britische Regierung scheint sogar rechter zu sein als die vorherige und vereint noch schärfere Austeritätspolitik mit einer weiteren Stigmatisierung immigrierter ArbeiterInnen, der Demokratie und politischen Ausrichtung in der EU. Wenn man die tatsächlichen Konsequenzen des Brexit in Betracht zieht, muss dieser Prozess Gegenstand demokratischer Bewertung und Entscheidung werden. Für die Linke in Großbritannien heißt das, der Kampf um die Erhaltung der Bewegungsfreiheit, der Menschenrechte und des Arbeitsplatzschutzes muss erneut angegangen werden und könnte die Basis für einen radikalen Wandel der Demokratie und der politischen Ausrichtung in der ganzen EU bilden. Die EL unterstützt das Recht der Bevölkerungen Nordirlands und Schottlands, die gegen den Brexit gestimmt haben, damit deren Willen bezüglich des Brexit respektiert wird. Dies führt auch zu neuen Fragen für die Linke und ihre Fähigkeit, mit einer Alternative für die Bevölkerungen Europas hervorzutreten.

4/ Der Kontinent am Rande einer ideologischen Kehrtwende

Die politische Krise breitet sich in ganz Europa aus. Bisherige Regierungen wurden beinahe systematisch von den WählerInnen abgestraft. Rasante und widersprüchliche politische Erschütterungen polarisieren die öffentliche europäische Debatte. Wachsende fremdenfeindliche und nationalistische Stimmungen stellen für die Linke eine existenzielle Herausforderung dar. Der Kontinent ist von einer umfassenden ideologischen Verschiebung bedroht. In verschiedenen Ländern suchen die extreme Rechte und rechte Populisten auf unterschiedliche Weise nach Wegen, ihre Themen durchzusetzen. Desorientierung, Verzweiflung und die Furcht vor internationalen Veränderungen verstärken ihre Botschaften. Der „protektionistische“, sogar „soziale“ Diskurs der extremen Rechten ist Teil einer alten Tradition, die bis auf Europas frühere faschistische Regime zurückgeht. Er wird genutzt, um sicherzustellen, dass sie an die Macht kommen und um die Linke und die Arbeiterbewegung zu marginalisieren. Die politischen Haltungen einiger Regierungen legitimieren diesen Diskurs und die Menschen wenden sich ihnen wie in der Slowakei zu. In diversen europäischen Hauptstädten ist ein autoritärer Block an der Macht: in Warschau, Budapest und Bratislava. Die baltischen Regierungen steuern in die gleiche Richtung.

Bei der Wiederholung des zweiten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen in Österreich konnte der Kandidat der radikalen Rechten, der deutsch-nationalistischen Freiheitlichen Partei, von einer breiten Front kritischer Kräfte der Zivilgesellschaft bis hin zu den etablierten Parteien besiegt werden. Das ist ein großer Erfolg, aber die Gefahr ist noch lange nicht vorüber, da die sozialen und politischen Ursachen für das Erstarken der radikalen Rechten immer noch bestehen. Das Erstarken der extremen Rechten in Deutschland ist ein seit 1945 nicht mehr dagewesenes Phänomen. In Frankreich ist der Front National das Herzstück nationaler Politik und bereitet sich selbstsicher auf die Wahlen 2017 vor. Eine flämische nationalistische Partei mit engen Beziehungen zur extremen Rechten ist in Belgien Teil der Regierung. Selbst in den skandinavischen Ländern – die sonst für ihren Humanismus und ihre Solidarität bekannt sind – macht die extreme Rechte eine gefährliche Entwicklung durch. Es gab lange eine starke extrem rechte Partei in Dänemark, die Dänische Volkspartei, die damit erfolgreich war, die bis dato fremdenfeindlichste Migrationspolitik durchzusetzen. Auch in Norwegen, Schweden und Finnland gibt es starke rechte Parteien und die schwedische Partei „Schwedendemokraten“ hat ihre Ursprünge in der Neonazibewegung. Nicht zuletzt das Erstarken der Goldenen Morgenröte in Griechenland nach 2012 hat es kriminellen Neonazigang ermöglicht, auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene institutionell repräsentiert zu sein, trotzdem ein großer Teil der Führungsebene

wegen Mord, illegalem Waffenbesitz, etc. angeklagt sind. In Mittel- und Osteuropa nährt sich die Entwicklung von Nationalismus, Neofaschismus und Fremdenfeindlichkeit, von der Verarmung der Menschen und der Krise der Demokratie. Die Anprangerung des „inneren Feindes“ hat großen Einfluss auf die Bevölkerungen dieser Länder. Die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit verstärken den Hass auf MigrantInnen und Roma, die sowieso bereits der Sündenbock sind. Erdogan nutzt in der Türkei sein Notstandsregime als Instrument, um Demokratie gewaltsam zu unterdrücken, bestehende Freiheiten zu zerschlagen, den Medien einen Maulkorb anzulegen, die Macht der Opposition zu schmälern, die parlamentarische Immunität aufzuheben, um HDP Abgeordnete einzusperren und einen mörderischen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung zu führen.

Dennoch bleibt dieser ideologische Wandel bei Weitem nicht unwidersprochen, was bedeutet, dass Europa seine Geschichte noch nicht wieder umkehrt. Die Menschen werden gegen die Korruption der herrschenden Klassen und die politische Sackgasse in einigen Ländern aktiv. Der Sturz der rumänischen Regierung im November 2015 und die Massendemonstration gegen Korruption in der Republik Moldau zeugen deutlich davon. In Westeuropa und insbesondere in Griechenland zeigt die Solidaritätsbewegung mit den Flüchtenden, dass der Willkommensgeist in Europa immer noch lebendig und kein „Luxus“ reicher Länder ist. Diese Solidaritätsbewegung fungiert als Bremse und Fokus des Widerstands gegen Gesellschaften, die sich immer mehr der Fremdenfeindlichkeit zuwenden.

5/ Das Migrationsthema als Katalysator für die historische Krise der Europäischen Union

Die Mischung aus Machtlosigkeit und Amoralität, mit der die Europäische Union und die meisten ihrer Regierungen auf den Zustrom von MigrantInnen reagiert haben, zeigt das Ausmaß der Krise der Europäischen Union und ihrer Prinzipien.

Die Migrationskrise verdeckt eine darunter liegende Systemkrise. Sie ist ein massives und strukturelles Phänomen in Folge der sich rapide verschlechternden internationalen Lage und der Politik, die dies verursacht hat, die Politik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten eingeschlossen. Schätzungen zufolge sollen bis zum Jahr 2050 200 Millionen MigrantInnen vor Krieg, Wirtschaftskrisen, Staatszerfall, dem Chaos in vielen Teilen Afrikas und dem Nahen Osten, und den Auswirkungen des Klimawandels auf der Flucht sein, wenn bis dahin kein politischer Wandel stattfindet. Die Europäische Union trägt einen beträchtlichen Teil der Verantwortung. Der Abschluss von bilateralen Freihandelsabkommen hat den Abbau öffentlicher Dienste und die daraus folgende Schwächung des Staates in vielen afrikanischen Ländern begünstigt. Die Teilnahme bestimmter europäischer Staaten an den Kriegen in diesen Regionen ist ein weiterer Schandfleck für die EU. Die Migrationskrise ist Ausdruck der krisenhaften Beziehungen der EU zum Rest der Welt.

Darüber hinaus zeigt die Tatsache, dass eine Million Flüchtlinge einen derartigen Aufruhr in einer politischen Union mit einer Bevölkerung von 580 Millionen verursacht das Ausmaß der Krise in der EU. Die humanitäre Lage der Flüchtlinge ist ein internationaler Skandal. Der Versuch, Flüchtlinge als Mittel des Sozialdumpings zu missbrauchen, verstärkt die Neigung der Bevölkerung sich auf sich selbst zurückzuziehen oder gar fremdenfeindlich zu werden. Die Lage ist insbesondere für Frauen und junge Menschen ernst. Sie leiden am meisten unter Gewalt, einschließlich sexuellem Missbrauch und Ausbeutung am Arbeitsplatz. Wir müssen spezielle Schutzmechanismen und rechtliche Absicherung schaffen und Spezialisten ausbilden.

Die schlimmsten Wendungen in dieser Geschichte rühren von den von einigen Regierungen, wie denen der Visegradgruppe oder Dänemarks, unternommenen Handlungen. Auch westeuropäische Regierungen arbeiten kaum mit leichteren Bandagen, wie aus Manuel Valls Erklärung auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2016 und noch schlimmer, aus den Äußerungen des belgischen Innenministers, deutlich wurde.

Diese Krise bietet erneut die Möglichkeit, Griechenland zu erpressen, das mit der Ankunft der Flüchtenden allein umgehen muss, als eines der wenigen Länder, das eine höhere Zahl von Willkommenszentren errichtet hat. Wir müssen ebenso der Solidaritätswelle, die durch die griechische

Gesellschaft fließt, Achtung zollen, die es ermöglichte, eine sehr komplexe Situation zu handhaben, ohne dass die extreme Rechte davon profitieren konnte.

Der von Menschenrechtsorganisationen verurteilte EU-Türkei-Deal stellt Erdogan einen nicht hinnehmbaren Blankoscheck aus, obwohl seine Politik eine der Ursachen der Krise im Nahen Osten ist und er die kurdische Bevölkerung, türkische DemokratInnen und die Pressefreiheit brutal unterdrückt. Dies zeigt die Bereitschaft der europäischen Herrschenden, die Tore Europas vor Menschen, die vor Krieg, Gewalt und Armut flüchten, zu schließen. Nahezu alle Staats- und Regierungschefs haben das Abkommen akzeptiert, nur zu froh darüber, von ihrer Verantwortung befreit zu sein, Menschen in Not aufzunehmen und ihnen Asyl zu gewähren. Der Umgang der EU mit der Flüchtlingskrise ist ein weiterer Beweis für den politischen und ethischen Bankrott dieses neoliberalen europäischen Integrationsprojektes. Die Führung der EU schweigt anstatt Sanktionen gegen jene Mitgliedstaaten anzuwenden, die einseitig das vereinbarte Programm für eine sichere und gerechte Umverteilung der in Griechenland und Italien angekommenen und dort festsitzenden Flüchtlinge verletzen.

Schlussfolgerung: ein neuer Zeitabschnitt in der Geschichte

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass die Europäische Union und ganz Europa in eine neue Periode der Geschichte eintreten, nach jener der beiden Blöcke und des Gemeinsamen Marktes, der ursprünglich zwischen sechs Ländern etabliert wurde. Die Einheitliche Europäische Akte und die Verträge, die danach folgten, erhoben den Wettbewerb in den Status übergeordneten EU-Rechts. Dies ging Hand in Hand mit dem gegenseitigen Wettbewerb der Sozialsysteme und dem Abbau der fortschrittlichsten sozialen Rechte. Dieses in den 1980er und 1990er Jahren errichtete Gebäude bekommt seit mehreren Jahren Risse. Es befindet sich in einer ernsten Legitimitätskrise und das ihm zugrunde liegende Projekt wird derzeit nur von einer Minderheit der Menschen in Europa befürwortet. Ein neuer Zeitabschnitt der Geschichte beginnt, in dem die EU in zwei verschiedene Richtungen gezogen wird. Während autoritärer Brüsseler Zentralismus verstärkt wird, zerbröseln zur gleichen Zeit Teile davon. Der europäische Kontinent ist demnach an einem Wendepunkt angelangt: Entweder werden die reaktionären Werte des rechten Blocks kombiniert mit fiskalem Autoritarismus das Rennen machen oder ein neuer politischer und sozialer Block, der für die Interessen der Menschen arbeitet, wird entstehen.

Wenn nichts getan wird, sehen sich die Menschen einem fürchterlichen Dilemma ausgesetzt: Entweder wird das ganze Gebäude einstürzen bevor irgendjemand - und am wenigsten die Herrschenden selbst - damit rechnet, oder der Kontinent wird weiterhin in Austerität und Massenarbeitslosigkeit versinken, hinter seinen geschlossenen Grenzen.

Noch können wir von diesem Abgrund zurückweichen. Die Menschen haben noch nicht klein bei gegeben, ganz im Gegenteil. Es gibt politische, soziale und zivilgesellschaftliche Kräfte, die gegen das beschriebene Dilemma ankämpfen. Die EL richtet sich an diese Kräfte und schlägt vor, dass wir gemeinsam eine neue Politik für eine Union der Menschen in Europa erarbeiten, basierend auf Souveränität und Solidarität.

II. Ein Sozialvertrag zwischen souveränen und solidarischen Völkern in Europa:

Die politischen Leitlinien der Europäischen Linken für ein Ende der Austeritätspolitik und der neoliberalen Grundstruktur der Europäischen Verträge

Die Partei der Europäischen Linken bringt verschiedene politische Organisationen zusammen, die einen durchaus unterschiedlichen Blick auf das europäische Projekt haben, aber gemeinsame Ziele teilen: die Zurückweisung des von den Herrschenden auferlegten Dilemmas, das sich entweder in

einem autoritären Brüsseler Zentralismus, der rücksichtslos über die bürgerliche Souveränität und die Rechte der Nationen hinweggeht oder verstärktem nationalen Selbstinteresse und Rivalität äußert; und die Vereinigung der Völker Europas um ein gemeinsames Projekt der Solidarität und sozialen Gerechtigkeit. Ungeachtet der möglichen Meinung über die EU geht es im Kern um den Inhalt und die politische Perspektive. Die Partei der Europäischen Linken verteidigt die sozialistische Perspektive, definiert als eine Gesellschaft der Gerechtigkeit, die darauf aufbaut, den Wohlstand und die Produktionsmittel zu bündeln, die Vorherrschaft der demokratischen Wahlfreiheit gelten lässt und dies im Einklang mit den begrenzten Ressourcen des Planeten tut. Sie lehnt den Kapitalismus ab, der Ungleichheit, Ungerechtigkeit, Armut und Kriege sowie das Patriarchat und jegliche Diskriminierung verursacht.

Die Partei der Europäischen Linken verpflichtet sich entschlossen dem Aufbau eines Projektes und einer breiten Front gemeinsam mit den politischen Bewegungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Individuen, die, auch wenn sie sich nicht über alles einig sind, so doch wesentliche linke Sichtweisen teilen und breite linke Koalitionen, die mehrheitsfähig sind, möglich machen. Die Erfordernisse der gegenwärtigen Situation zeigen, dass die politischen Herausforderungen nicht größer sein könnten. Die politischen Leitlinien der EL sind darauf ausgelegt, entlang konkreter Zusammenhänge zu debattieren und aktiv zu werden, bis wir die notwendigen Umbrüche und alternativen Lösungsansätze umsetzen können.

Die EL ist für einen Sozialvertrag zwischen den souveränen und solidarischen Völkern Europas. Europa muss zu einer Union der Nationen und Völker werden, deren Souveränität respektiert wird und deren gemeinsames Ziel der menschliche Fortschritt ist. Wir sind bereit, dafür mit allen politischen, zivilgesellschaftlichen, gewerkschaftlichen, sozialen und intellektuellen Kräften zusammenzuarbeiten – auf der Grundlage von fünf Leitprinzipien. Diese Leitprinzipien stellen die Handlungsgrundlage für die EL dar. Sie beinhalten eine fundamentale Infragestellung der gegenwärtigen Grundlagen der Europäischen Union.

Wir sind gegen die dem Vertrag von Lissabon zu Grunde liegenden Prinzipien und somit auch gegen die der übrigen Verträge, die der Lissabonner Vertrag beinhaltet. Auf dem nächsten EU-Gipfel im März in Rom planen die europäischen Anführer anlässlich des Jahrestages des Vertrags von Rom, die Grundlagen für eine Reform der Verträge zu legen. Die Europäische Linke muss diese weitere Vertiefung einer neoliberalen Union stark verurteilen, die konträr zu den Interessen der Bevölkerungen steht. Wir sind gegen die Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU); das in Stein gehauene Europäische Semester und wir sind ebenso gegen das gegenwärtige Projekt einer Europäischen Armee, insbesondere wenn dies eine Zusammenarbeit mit Kriegsorganisationen wie der NATO bedeutet.

Unser Ziel ist es, den Europäischen Fiskalpakt aufzuheben. Wenn wir bei jeder Gelegenheit darum kämpfen, diese Logik in nationalen und europäischen politischen Entscheidungen zurückzudrängen, wollen wir das vorhandene Vertragswerk nicht anpassen. Stattdessen wollen wir Europa neu gründen, weil klar ist, dass es nicht möglich ist, eine Politik des sozialen Wandels durchzusetzen, ohne sich von Verträgen zu distanzieren, die auf dem Dogma des freien und uneingeschränkten Wettbewerbs und der Infragestellung des Rechts der Völker und Nationen, sich selbst demokratisch zu regieren, basieren.

Wir brauchen ein Projekt der Europäischen Solidarität. Das wird aber nicht möglich sein, solange wir nicht die politische und wirtschaftliche Souveränität der Europäischen Völker wiederhergestellt haben. Dieses Projekt muss mit den Ländern und Menschen bewältigt werden, die den Willen haben, diese Souveränität zu erlangen und ein neues europäisches Projekt mit neuen Werten und Prinzipien der Solidarität und des Internationalismus zu gründen.

Es ist möglich und notwendig, den Wunsch nach nationaler Souveränität, der von den Kürzungen und der Austeritätspolitik der EU hervorgerufen wurde, im Kontext unserer internationalistischen Tradition, zu koordinieren. Daher ist es wichtig, den Bündnissen mit jenen Ländern Priorität zu geben, die unter Haushaltsschulden leiden und der EU-Architektur unterstellt wurden, um ein linkes Projekt gemeinsam mit den europäischen Kräften anzustoßen und zu koordinieren.

1/ Für ein Europa, das die Souveränität der Völker respektiert

Wir stehen für die Neugründung Europas unter Anwendung der Werte der Gerechtigkeit, des sozialen Fortschritts und der Demokratie bei Respektierung der demokratischen Rechte der Nationen und europäischen Staaten, einschließlich des Rechts zur Abhaltung von Referenda über die notwendigen Veränderungen der Struktur der Europäischen Union. Die Menschen haben das Recht, über die Machtbefugnisse zu bestimmen, die einem demokratisch definierten politischen Raum in Europa übertragen werden, über demokratische Strukturen für den Kontinent und das Vorrecht der Parlamente bei gleichzeitigem Respekt der demokratischen, souveränen Rechte der Völker.

Es ist notwendig, die Art und Weise zu überprüfen, in wie weit der europäische Rahmen und das Vorrecht der Mitgliedsstaaten ihren Ausdruck finden. Europa darf sich nicht an die Stelle individueller Nationalstaaten, auf nationaler Ebene und in ihren Vorrechten, setzen, sondern es sollte Kooperation bei gemeinsamen Projekten und globalen Herausforderungen ermutigen. Die Souveränität eines jeden Staates muss respektiert werden. Die demokratische Legitimität jedes Landes muss vor den gegenwärtigen Europäischen Verträgen Vorrang haben. Ein Mitgliedsland sollte die Möglichkeit der Nichtanwendung europäischer Direktiven und Entscheidungen zu haben, wenn diese in punkto sozialer und demokratischer Errungenschaften und der Rechte der Bevölkerungen rückschrittlich sind. Europäische Gesetze sollten vom Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten gemeinsam aufgesetzt werden. Die europäische Kommission sollte nicht das Initiativrecht bei Gesetzen haben, stattdessen sollte dieses Recht auf das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente übergehen. Lobbyarbeit der Unternehmen sollte verboten werden.

Wir wollen Regierungen unterstützen, die mit dem neoliberalen Ansatz brechen wollen und die Idee des Fortschritts in Europa vorantreiben.

2/ Ein Abkommen über ein neues Entwicklungsmodell

Wir müssen mit den neoliberalen Wettbewerbsregeln und mit der Austerität brechen. Der Entwicklungspakt, den wir vorschlagen, orientiert sich an sozialen Bedürfnissen.

Die Restrukturierung von Europas Wirtschaft und den geldpolitischen Werkzeugen muss in den Dienst eines neuen Entwicklungsmodells gestellt werden, das auf öffentliche Investitionen und die Schaffung von sozialen und ökologisch nachhaltigen Arbeitsplätzen setzt. Das Geld, welches die EZB derzeit mit Verlust in Banken und multinationale Konzerne steckt, muss in eine mutige, sozial sinnvolle und umweltfreundliche Politik für einen ökonomischen Neustart umgeleitet werden. Dies gilt ebenso für die dringend notwendige Schaffung sicherer Arbeitsplätze in der Industrie, welche wieder in Europa produzieren soll. Eine solche Politik würde den notwendigen ökologischen Übergang möglich machen. Die EU muss gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten einen strategischen Diskurs mit allen wichtigen Industrien führen, um Produktion und Arbeitsplätze zu sichern oder ArbeiterInnen Umschulungen für neue Tätigkeiten anzubieten. Dies beinhaltet, den Bedarf Europas in Sachen Energietransformation, Transportinfrastruktur, Bildung und Ausbildung sowie der Zukunft von Industrie und Produktion zu identifizieren, welche zu neuen Herausforderungen, wie einer Kreislaufwirtschaft und den Aktivitäten und Anstellungen, die dieser Sektor beinhaltet, führt. Dies beinhaltet die Sicherstellung der öffentlichen Kontrolle von Energie. Privatisierungen müssen gestoppt und privatisierte Sektoren in den öffentlichen Bereich zurückgeführt werden. Es muss ein Moratorium für alle Deregulierungen im Energie- und Transportsektor geben, genauso wie einen Plan zur Reduzierung des Energieverbrauchs, bei gleichzeitiger Diversifikation der Energiequellen und einer Effizienzsteigerung in der Energiegewinnung. Nachhaltige Entwicklung muss auf der Investition in wissenschaftliche und technologische Forschung basieren.

Die Gemeinsame Agrarpolitik muss reformiert werden, um die Macht des Agrarbusiness und seiner produktivistischen Logik zu brechen und sie in den Dienst der Agrarwirtschaft zu stellen, die grundlegende und stabile Preise für LandwirtInnen und FischerInnen garantiert und um gesunde, erschwingliche Nahrung für die Menschen bereit zu stellen. Öffentliche Gelder dürfen nicht dazu genutzt werden, das industriell-chemische Agrarwirtschaftssystem zu stützen und niedrige Preise auf dem Weltmarkt zu begünstigen, mit denen kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe in Europa

und in den Entwicklungsländern nicht mithalten könnten. Eine Voraussetzung für finanzielle Unterstützung sollte biologischer Anbau sein und es muss eine Obergrenze für die finanzielle Unterstützung pro landwirtschaftlicher Einheit geben, um nachhaltige ländliche Strukturentwicklung zu fördern. Darüber hinaus muss die Finanzierung der Förderung öffentlicher Güter gewidmet sein: Arbeit, starke lokale und regionale Märkte, Entwicklungsprojekte für kleine biologische Landwirtschaftsbetriebe, die Einsetzung junger LandwirtInnen und FischerInnen für einen Generationenwechsel und die Belebung ländlicher Gebiete, Nahrungsmittelqualität und -angebot, Tierwohl und Schutz der Biodiversität, Wasser und Klima.

So kann die EU ein Hauptakteur in der Umwelt- und Klimafrage werden.

Dieses neue Entwicklungsmodell muss auf demokratische Art und Weise geschaffen werden, unter Einbeziehung der Nationalstaaten und der Politikgestaltung der nationalen Parlamente. Um dies zu erreichen, sollte ein sozial-ökologischer Entwicklungsfonds ins Leben gerufen werden, in dessen Kontrolle und Entscheidungsfindungsprozesse die Mitgliedsstaaten einbezogen werden. Der Fonds könnte durch eine zusätzliche jährliche Investition in Höhe von 2% des europäischen BIP über die nächsten zehn Jahre finanziert werden.

Die Aufrechterhaltung und der Ausbau der öffentlichen Daseinsfürsorge auf nationalem und europäischem Level sind Mittel, um eine neue Wirtschaftsentwicklungspolitik umzusetzen, die sich gegen die neoliberale Logik stellt. Dieser Entwicklungspolitik sollte eine transparente und demokratische Kontrolle zugrunde liegen. Es soll eine Institution zur Bestandsaufnahme des öffentlichen Dienstes eingesetzt werden. Dabei sollen gleiche Kriterien für alle Länder gelten. Wenn sich Länder darauf einigen, soll die Möglichkeit bestehen, dass ihre öffentlichen Dienste enger zusammen arbeiten, um die gemeinsamen Herausforderungen wirksam anzugehen.

3 / Der Kampf gegen Ungleichheit und für Beschäftigung: Schluss mit dem Sozialdumping

Es ist unumgänglich, Sozialdumping zu bekämpfen, wenn wir wollen, dass die Idee eines Zusammenkommens der Völker Europas überlebt, die untereinander Solidarität zeigen. Um das Sozialdumping zu beenden, muss Europa Schritte für die Anhebung der sozialen und demokratischen Rechte auf das gleiche hohe Niveau in allen Mitgliedstaaten unternehmen. Wir fordern die Einführung eines Prinzips, das soziale Rückentwicklungen nicht zulässt; das heisst, EU-Richtlinien zu sozialen oder Umweltfragen können nur angewendet werden, wenn sie der nationalen Gesetzgebung überlegen sind. Die Richtlinie über die Entsendung von ArbeitnehmerInnen, laut der die Gehälter von Land zu Land bis zu 30 Prozent variieren dürfen, muss abgeschafft werden. Es muss eine neue Richtlinie verabschiedet werden, die das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ geltend macht. Das allgemeine Ziel muss sein, auf progressive Weise allen Arbeitenden die gleiche Behandlung in Bezug auf Gehälter, Sozialleistungen und Arbeitsbedingungen zu garantieren.

Das Recht auf ein angemessenes Einkommen für alle, Frauen und Männer, beinhaltet die Sicherstellung wirklicher Geschlechtergerechtigkeit bei Gehältern und beruflicher Entwicklung. Laut den Zahlen von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union von 2012 ist die Erwerbstätigenquote von Frauen im Altersbereich zwischen 20 und 64 Jahren um 12 Prozent niedriger als die der Männer (58 Prozent gegenüber 70 Prozent). Der Gehaltsunterschied liegt bei 16 Prozent, wobei 32 Prozent der Frauen teilzeitbeschäftigt sind, gegenüber 9 Prozent der Männer; 21 Prozent der Frauen in Europa verdienen weniger als den Mindestlohn. Offiziell mögen die EU-Verträge Geschlechtergerechtigkeit fördern, die Realität sieht allerdings anders aus.

In ganz Europa muss reduzierte Arbeitszeit für alle, Frauen und Männer, gefördert werden, um Arbeitslosigkeit zu senken und jungen Menschen Zugang zu Beschäftigung zu schaffen.

Die Abschaffung der Zwangsteilzeit, der Kampf gegen die geschlechterspezifische Arbeitsteilung, Einführung und Ausbau der staatlichen Kinderbetreuung, und der Aufbau eines europäischen Systems für einen gleichberechtigten und nicht übertragbaren Elternschaftsurlaub wird zur Folge haben, dass Frauen weniger unter Diskriminierung leiden. Ein Mindesteinkommen, das zu einem Leben in Würde reicht, muss für alle, einschließlich arbeitsloser Menschen, bereitgestellt werden.

Der europäische Entwicklungsplan, die Verringerung von Lohnungleichheit und die Sicherung europäischer Arbeitsplätze bringen uns zur Frage der Haltung der EU in Bezug auf den internationalen Handel. Wir müssen uns unverzüglich von den Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA trennen. Für die EL ist dies, wie für viele andere auch, eine wichtige und dringende Forderung. Die EL strebt an, die gemeinsamen Kampagnen zum Stopp der TTIP-, CETA- und TISA-Verhandlungen zu stärken und zu erweitern. Die EL ruft zum Ausbau der Mobilisierung gegen CETA auf, um die Ratifizierung in den nationalen und regionalen Parlamenten zu verhindern.

Die EU muss sich dem System des Freihandels und dem drastischen Abbau sozialer und umweltpolitischer Regeln entgegen stellen, um Handelsbeziehungen wechselseitig nutzbringend zu gestalten.

4 / Das Geld zurückgewinnen: Schluss mit dem Steuerdumping, Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Kontrolle über die Banken und den Euro zurückerobern

Europa muss das Steuerdumping bekämpfen. Unter dem gegenwärtigen System können Steueroasen gedeihen, was zum Steuerwettbewerb unter den Mitgliedsländern führt. Heute fallen Deutschland, das Vereinigte Königreich, Irland die Niederlande und andere EU Länder zunehmend unter diese Kategorie. LuxLeaks, SwissLeaks und die Panama Papers haben das Ausmaß dieses organisierten Systems offengelegt. Steuerschlupflöcher zu schließen und Steuerhinterziehung sowie alle Formen finanzieller Verbrechen kompromisslos zu bekämpfen, stellen große Herausforderungen für Europa dar. Der Aufbau eines Steuersystems, das den Interessen der Mehrheit und dem Allgemeinwohl dient, ist ein grundlegendes Projekt und ein Kampf für die kommenden Jahre: ein Steuersystem, das die Steuerlast von den unteren und mittleren Klassen auf die oberen Klassen überträgt, um der verletzlichsten sozialen Schicht zu dienen, sich bestehenden Ungleichheiten zuwendet und Wachstum im Sinne des öffentlichen Interesses fördert. In diesem Kampf müssen wir eine breite Front aufbauen, um den Schleier der Geheimhaltung, der Finanzzentren und Steueroasen umgibt zu lüften, die nicht nur sehr niedrige oder gar keine Besteuerung anbieten, sondern auch Orte sind, an denen potenziell illegale Aktivitäten gedeckt werden. Die Interessen der Menschen müssen Vorrang vor den Interessen multinationaler Konzerne haben. Kapitalflüsse müssen überwacht und rein spekulative Transaktionen verboten werden. Eine Finanztransaktionssteuer und eine Kapitalsteuer zum Beispiel könnten den Europäischen Sozial- und Umweltentwicklungsfonds finanzieren, der durch eine hohe jährliche Investition finanziert werden könnte. Die EL wird sich den Vorschlag des EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund), der mit 2% des europäischen BIP über zehn Jahre plant, genau anschauen.

Der Bruch mit der Austerität beinhaltet auch den Bruch mit der Diktatur der Schulden. Die Schulden der südeuropäischen Länder müssen erlassen oder auf einer europäischen Schuldenkonferenz neu verhandelt werden. Zuerst müssen der Europarat und die Europäische Kommission die Forderungen der griechischen Regierung zur Neuverhandlung ihrer Schulden anhören.

Geld zurück zu gewinnen ist auch verknüpft mit einer radikalen Revision der Rolle der Banken in allen europäischen Ländern und der Architektur der Eurozone. Um eine demokratische Kontrolle der EZB einzuführen und um ihre Rolle und Arbeitsweisen zu reformieren, ist ein fundamentaler Wandel von Nöten. Die EZB muss sich zur Erhaltung von Arbeitsplätzen und der Förderung ökologisch nachhaltiger Entwicklung verpflichten. Sie muss Kreditgeberin der letzten Instanz (Lender of Last Resort) für die Mitgliedsstaaten sein. Ebenso muss die Währungsunion für die Mitgliedsstaaten, die daran teilnehmen wollen, drastisch überarbeitet werden. Der Euro ist zu einer Kriegswaffe der herrschenden Klassen geworden. Wir müssen mit der Idee des Euros als Disziplinierungsmaßnahme Schluss machen. Die europäische Währung muss gänzlich neu entworfen werden, wie auch die EU selbst. Anstatt zum Fetisch erhoben zu werden, muss der Euro ein Instrument im Dienste der Realwirtschaft werden, für neue industrielle, landwirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele und für das Allgemeinwohl. Die Menschen in Europa müssen die Kontrolle über den Euro übernehmen. Innerhalb der Eurozone muss die Währung in einer Art und Weise genutzt werden, die gemeinschaftlich und aufeinander abgestimmt erfolgt und Mechanismen beinhaltet, die ökonomische und soziale Unterschiede in den verschiedenen Mitgliedsstaaten der Eurozone berücksichtigen. In

jedem Fall darf kein Land zur Teilnahme an der Eurozone gezwungen werden. Ein Land, das sich demokratisch entscheidet, aus dem Euro auszutreten, muss dies umsetzen können, ohne Sanktionen, Druck oder Erpressung ausgesetzt zu werden.

Die EL reflektiert und debattiert weiterhin über die Gemeinsame Währung und sucht nach Alternativen, die nicht die Menschen bestrafen und ihre sozialen und demokratischen Errungenschaften gefährden.

5 / Für ein Europa des sozial gerechten ökologischen und energetischen Übergangs

Es besteht die dringende Notwendigkeit ein CO₂-armes Europa zu errichten, das mit neuer Energie-, Transport-, Wohn- und selbst Agrarwirtschaftspolitik ein Beispiel setzen muss. Der Energiemix muss Energie von so vielen CO₂-freien Quellen beziehen wie möglich, mit wachsender Bedeutung erneuerbarer Energien. Die Produktions- und Investitionsentscheidung muss auf den Kriterien der Bewahrung lokaler Ökosysteme und des Schutzes der Biodiversität beruhen. Wir lehnen den kapitalistischen Produktivismus und Konsumismus ab. Die EL tritt für eine Vielzahl von Produktionsweisen ein, die auf einer Industriepolitik basieren, die die Schaffung von sauberen und umweltfreundlichen Technologien fördert.

Europa ist ein politisches Feld, das es möglich macht, den Kampf gegen den Klimawandel auf kontinentaler Ebene zu führen, um ökologisch nachhaltige Energien zu entwickeln und Energieeinsparung zu fördern. Jeder Schritt vorwärts in Bezug auf sozialen Fortschritt ist untrennbar mit der Einführung einer ökologischen Energiewende verbunden. Es ist ein Langzeitprozess, in dem Versuche, Kapitalismus "grün" zu waschen, keinen Platz haben. Die Logik kurzfristiger Profite ist unvereinbar mit dem Schutz unseres Ökosystems. Das bedeutet, dass die Menschen sich Umwelt- und Energiefragen zu Eigen machen müssen. Die Frage des Zugangs zu immer weniger werdenden natürlichen Ressourcen wie Wasser, Agrarland und fossilen Rohstoffen wird eine wichtige geopolitische Herausforderung. COP 21 hat Ziele gesetzt, aber nicht festgelegt, wie diese erreicht werden sollen.

Die Reduktion von CO₂-Emissionen ist eine Hauptzielvorgabe, die darauf abzielt, globale Erwärmung auf zwei Grad zu begrenzen: Bis 2030 sollen Emissionen nur noch 75 Prozent des gegenwärtigen Stands ausmachen. Die Zielvorgaben, CO₂-Emissionen bis 2020 um 30% und bis 2030 um 40% zu reduzieren, sind viel zu niedrig. Es ist absolut essentiell, Energie zu sparen und ökologisch nachhaltige Energien durch die Bildung öffentlicher Investitionen zu entwickeln. Das betrifft zuallererst Transport und Industrie. Öffentliche Investitionen in erneuerbare Energien sind ebenso eine Quelle wirtschaftlichen Wachstums. Der Abbau von Schiefergas muss aufhören. Europa muss aktiv werden, um die Spekulation mit Rohstoffen zu beenden.

Wir stehen für ein Europa, das bezüglich der Hauptnahrungsmittel autark ist. Die Zukunft der europäischen Landwirtschafts- und Ernährungspolitik sollte als Teil öffentlicher Politik behandelt werden, die auf wirkliche Bedürfnisse und öffentliche Gesundheitsfragen reagiert. Die Anwendung umweltzerstörerischer Pestizide muss beendet werden. Wir haben zum Ziel, dass jedem ein breites Sortiment an Lebensmitteln in guter Qualität zur Verfügung steht. Die europäische Agrarpolitik muss einen Schutzschirm gegen die Einflüsse spekulativer Märkte im Landwirtschaftsbereich errichten. Wir stehen für eine neue Agrarpolitik, die sich vom produktivistischen Ansatz abwenden kann und einer Landwirtschaft dient, die stabile Mindestpreise für Bauern und Fischer garantiert. Subventionen sollten von der Art der Produktion, Umweltfragen und der Fragilität des Sektors abhängen. Die landwirtschaftliche Produktion muss einer gerechten und für alle vorteilhaften Konzeption des internationalen Handels mit den Entwicklungsländern folgen.

6 / Für ein Europa der gleichen Rechte für Alle

Die EL folgt der Tradition derer, die für den Sieg der „natürlichen und unveräußerlichen Rechte“ für alle Männer und Frauen in Europa und in der Welt gekämpft haben, und sie beabsichtigt, diesen Kampf fortzusetzen. Um die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1793 zu zitieren:

„Unterdrückung der Gesamtheit der Gesellschaft ist es, wenn auch nur eines ihrer Glieder unterdrückt wird; Unterdrückung jedes einzelnen Gliedes ist es, wenn die Gesamtheit der Gesellschaft unterdrückt wird.“ Die Gewalt neokonservativer Angriffe und die Bedrohung durch ethnische Hysterie in ganz Europa machen das Thema der Verteidigung und Ausweitung der Menschenrechte zu einem großen Schlachtfeld. Die EL nimmt ihren Platz an vorderster Front derer ein, die eine Gesellschaft der Freiheit und Gleichheit verteidigen. Der Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und eine essentialistische Auffassung von Nationen, die sich ausschließlich auf Blutsrecht gründet, hat für uns Priorität. Der Kampf gegen Terrorismus darf nicht zu einer Verringerung politischer Freiheiten führen. Die Rechte politischer Vereinigungen und der Gewerkschaften müssen verteidigt werden. Der Ausnahmezustand, der sich allmählich über Europa ausbreitet, muss beendet werden. Der Kriminalisierung sozialer und demokratischer Bewegungen muss entgegen getreten werden. Es ist wichtig, wirklichen Pluralismus und tatsächliche Pressefreiheit zu garantieren, die den Interessen der großen Medienkonzerne etwas entgegensetzt.

Überall in Europa müssen politische, soziale, demokratische und die ganze Bandbreite der Menschenrechte entlang der höchsten Kriterien angeglichen werden. ArbeiterInnen in Europa brauchen starke allgemeine Rechte im Arbeitsrecht und das Recht auf eine Sozialversicherung, insbesondere im Kontext der Entwicklung von grenzüberschreitenden Arbeiterbewegungen.

Das ist besonders bei der Anwendung von Geschlechtergerechtigkeit in wirtschaftlichen und politischen Bereichen der Fall. Gleiche Bezahlung ist eine dringende Notwendigkeit. Überall in Europa sollten Frauen selbst entscheiden, was sie mit ihren Körpern machen. Niemand sollte verkauft oder gezwungen werden, seinen Körper zu vermieten. Wir rufen dazu auf, den Kampf gegen Menschenhandel zu intensivieren. Wir glauben, dass Prostitution abgeschafft werden soll.

Das Recht auf säkulare Bildung und ein funktionierendes Gesundheitssystem, das Recht in einer sauberen Umwelt zu leben, das Recht auf Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit, das Recht auf Zugang zu einem unabhängigen Justizsystem, das frei ist von Druck, faire Verfahren anbietet und Akten von Willkür widersteht, muss in ganz Europa sichergestellt sein. LGBTIQ Menschen sind Opfer von Diskriminierung oder in einigen Ländern sogar von Verfolgung; in der Schule, am Arbeitsplatz, beim Zugang zu medizinischer Behandlung, oft mit der stillschweigenden Duldung der Behörden und der Polizei. Sie sind die Zielscheibe eines konservativen Diskurses über die Familie, der darauf abzielt, das Patriarchat zu stärken. In den meisten europäischen Ländern haben Transgendermensen nicht das Recht, ihre eigene Genderidentität zu bestimmen.

Bildung spielt eine große Rolle dabei, Bürgerinnen und Bürger zu formen. Wir stehen für eine Bildungsidee, die sich von der Vorstellung von Bildung nach dem Nützlichkeitsprinzip abwendet, die sich allein an unmittelbaren wirtschaftlichen Bedürfnissen orientiert. Bildung sollte Bürgerinnen und Bürger auf die Zukunft vorbereiten und frei sein von Vorurteilen gegenüber Ethnie oder Geschlecht. Sie sollte die Vermittlung von beidem, Wissen und Fähigkeiten, verbinden. Schulen müssen gebührenfrei, säkular und frei vom Einfluss privater oder religiöser Interessen sein. Universitäten und Forschung müssen vom wirtschaftlichen Druck befreit werden.

Die EL kämpft für eine Harmonisierung der Rechte und die Angleichung von Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik an die höchsten Standards in Europa.

7/ Für einen europäischen Raum des Friedens und der Sicherheit

Eine regionale Kooperation für den Fortschritt könnte den Pfad der Globalisierung hin zu einer Welt des Friedens und eines internationalen Handels, der gerecht für alle ist, den menschlichen Bedürfnissen entspricht und die globalen ökologischen Herausforderungen annimmt, maßgeblich transformieren. Die Europäische Nachbarschaftspolitik und die inneren Beziehungen der EU müssen von den Prinzipien der Kooperation und Ko-Entwicklung geleitet sein, insbesondere im Mittelmeerraum, mit Afrika, Asien und den lateinamerikanischen Ländern.

Lateinamerika und die Karibik sind ins Zentrum der Aufmerksamkeit der herrschenden Klassen gerückt, die ihren verlorenen Einfluss wiedergewinnen und die progressiven Regierungen in der Region stürzen wollen, die für die Rechte der Menschen gegen kapitalistische und imperialistische Interessen eintreten. Die EL arbeitet mit ihren Schwesterparteien der Region zusammen, damit die Interessen der Mehrheit über die Interessen des „einen Prozent“ triumphieren.

Assoziierungsabkommen der Europäischen Union müssen ein Hebel für sozialen Fortschritt und den Schutz von Rechten sein. Sie können ausgesetzt werden. Insbesondere sollte das Abkommen mit Israel solange ausgesetzt werden, wie Israel damit fortfährt, die internationalen Menschenrechte zu verletzen. Europa muss ein Hebel für Frieden und die Verteidigung der Rechte der Bevölkerung sein, insbesondere in seiner unmittelbaren Nachbarschaft: dem Nahen Osten und der Ukraine.

Wir müssen die erforderlichen diplomatischen Initiativen ergreifen, um politische Lösungen für die Konflikte im Nahen Osten zu schaffen, die einen gerechten Frieden in der Region wiederherstellen und eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung befördern, die den Grundbedürfnissen der Menschen entspricht. Alle europäischen Staaten und die EU selbst müssen Palästina anerkennen. Die Europäische Linke tritt für die Schaffung eines gerechten und nachhaltigen Friedens zwischen Israel und Palästina unter Anwendung der UN-Resolutionen ein. Mit anderen Worten: Die Anerkennung eines existenzfähigen Staates Palästina in den Grenzen von 1967 mit Jerusalem als Hauptstadt.

Es muss eine politische Lösung für die Anerkennung der Sahrauis gefunden werden, indem ein Referendum über die Selbstbestimmung abgehalten wird.

Die EL ist gegen eine weitere Militarisierung der EU-Außenpolitik und die Einnischung der Militärkräfte europäischer Länder bei externen Operationen. Wir müssen uns gegen die aggressive Präsenz der NATO in Europa stellen und dieser Kampf muss zur Auflösung der NATO führen. Verstärkte Militärpräsenz der USA vor allem in Osteuropa muss verurteilt werden. Die Teile des Raketenabwehrsystems, die derzeit gebaut werden oder schon in Betrieb sind, müssen umgehend wieder abgebaut werden. Wir müssen uns gegen eine steigende Militarisierung der osteuropäischen Gesellschaften durch die Schaffung von Bürgerwehren aus meist ultranationalen Kreisen stellen. Russland und die Europäische Union müssen einen Weg zum friedlichen und konstruktiven Dialog finden, bei dem alle Themen, die militärische, politische oder territoriale Spannungen oder solche in Fragen der Energieversorgung verursachen, auf den Tisch kommen.

Das Zypernproblem ist im Kern ein internationales Problem der Invasion und illegalen Besetzung und verletzt die Grundprinzipien des Völkerrechts und der UN-Charta, hat aber auch einen internen Aspekt der Wiederherstellung der Beziehungen zwischen den zwei Gemeinschaften auf Zypern, der griechischen und der türkischen ZypriotInnen. Die Verhandlungen zwischen den Anführern der zwei Gemeinschaften Zyperns, die unter der Aufsicht der UN stattfinden, stehen an einem entscheidenden Wendepunkt. Eine umfassende, friedliche Lösung des Zypernproblems muss mit den hochrangigen Abkommen von 1977 und 1979, der UN-Charta, dem Völkerrecht und dem Acquis Communautaire der EU übereinstimmen sowie mit den vereinbarten Rahmenabkommen für einen bi-kommunalen, bi-zonalen föderalen Staat mit einer Staatshoheit, einer einheitlichen international anerkannten Körperschaft und einheitlicher Staatsbürgerschaft, wie es in diversen Resolutionen des UN Sicherheitsrats festgelegt wurde. Gleichzeitig muss sie die politische Gleichheit der zwei Gemeinschaften im Rahmen einer Föderation sicherstellen, wie es von den UN-Resolutionen vorgezeichnet wurde.

Die Europäische Linke unterstützt die fortlaufenden Verhandlungen und erinnert an die entscheidende, unterstützende und konstruktive Rolle der linken Kräfte, die die Rechte der zypriotischen Bevölkerung, der griechischen und türkischen ZypriotInnen, verteidigten, in einem vereinten und freien Land zu leben. Aus diesem Grund sollte die Lösung den Rückzug der türkischen Besetzungstruppen und Siedler sowie die Beendigung des anachronistischen Systems ausländischer Garantien beinhalten und die Einheit und territoriale Integrität der Republik Zypern wiederherstellen. Ebenso sollten die Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten aller ZypriotInnen wiederhergestellt und gesichert werden, einschließlich des Rechts auf Wiederkehr der Geflüchteten in ihre Heimat und zu ihrem Besitz.

Die Zypernfrage muss durch die Schaffung einer Zwei-Zonen-Föderation gelöst werden, die politische Gleichheit für alle zypriotischen Bevölkerungsteile herstellt, die griechische genauso wie die türkische Gemeinschaft. Die Europäische Linke unterstützt den fortlaufenden Dialog zwischen den Gemeinschaften unter der Schirmherrschaft der UN und den linken Kräften, die eine entscheidende Rolle bei der Verteidigung der Rechte aller Menschen von Zypern spielen.

Wir müssen uns von der Idee einer „Festung Europa“ lossagen. Europa und die Mitgliedsstaaten müssen MigrantInnen in einem Kontext, in dem die Krise der neoliberalen Globalisierung, Kriege, Chaos und Barbarei ganze Regionen der Welt verwüsten, ein angemessenes Willkommen bereiten. Migrationspolitik muss gemeinsame europäische Verantwortung bedeuten. Ebenso muss die extreme Ausbeutung der Arbeitenden und die Nutzung illegaler Arbeit bekämpft werden. Die Schengenabkommen müssen neu verhandelt werden und eine Politik für internationale Migration und Bewegungsfreiheit, die weltweit ein strukturelles Phänomen sind beinhalten, und auch eine der Ko-Entwicklung.

In fünfzehn Jahren wird Afrika ein Viertel der Weltbevölkerung repräsentieren. Am Ende des Jahrhunderts wird die Hälfte der Weltbevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren afrikanisch sein. Über Notfallhilfe hinaus ist es notwendig, eine Partnerschaft für nachhaltige gemeinsame Entwicklung zwischen europäischen und afrikanischen Ländern anzusteuern. In Bezug auf demographische Explosion und wirtschaftliche Rückständigkeit, bildet das subsaharische Afrika eine entscheidene Herausforderung für das 21. Jahrhundert. Frieden und Wohlstand des Planeten hängen daher zu einem großen Ausmaß von den nötigen Antworten auf die folgenden Herausforderungen ab: die Sicherstellung von Arbeitsplätzen und der Zugang zu fundamentalen Gütern und Diensten für die Bevölkerung. Die Ausbeutung natürlicher Ressourcen muss den großen multinationalen Unternehmen weggenommen und wieder in die Hände der Bevölkerung gelegt werden.

Zusammenfassung: Handlungsachsen

Die EL plant die folgenden grundsätzlichen Politiken als Basis für breite, offene Kampagnen, die bereits initiierte Aktionen untermauern:

- Für ein Europa, das es den Menschen ermöglicht, die Kontrolle über ihre ökonomischen Entscheidungen zu übernehmen: Für den Rückzug vom Fiskalpakt, für einen europäischen Investitionsplan, der Arbeitsplätze, öffentliche Dienste, die Energiewende und den ökologischen Übergang fördert, abhängig von der Zustimmung der Mitgliedstaaten, für eine Umstrukturierung und Neuverhandlung der Staatsschulden, für eine grundsätzliche Reform und eine Umleitung von Kapitalspritzen der EZB in eine Entwicklungspolitik, die für alle von Nutzen ist. Für soziale Harmonisierung, die der einzige Weg ist, um das umsichgreifende Sozialdumping zwischen den Mitgliedstaaten zu verhindern. Das bedeutet die Infragestellung der bestehenden europäischen Verträge, angefangen mit dem Vertrag von Lissabon sowie des wirtschaftspolitischen Steuerungsmechanismus', des Fiskalpakts und des europäischen Semesters.
- Für die Schaffung einer breiten populären und progressiven linken Front gegen die extreme Rechte und Faschismus.
- Förderung einer breiten Einheit zwischen der Arbeiterklasse und den Armen durch die Bekämpfung von Armut und Austerität, sowie Förderung von Solidarität.
- Für den Kampf gegen Steuerhinterziehung: keine Straffreiheit bei Steuerhinterziehung.
- Für eine Reduzierung der Arbeitszeit, ein angemessenes Einkommen für alle und eine öffentliche Investitionspolitik, die Beschäftigung begünstigt.
- Für den Rückzug aus den TTIP- und TISA-Verhandlungen und eine Verhinderung der Ratifizierung von CETA.
- Für gleiche Rechte für alle: Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen.
- Für ein würdevolles Willkommen und eine Politik, die MigrantInnen und Flüchtenden hilft.
- Für einen fundamentalen Wandel des Energiesystems mit einer drastischen Reduktion der CO2-Emissionen und einer Zukunft, die auf ökologisch nachhaltiger Energie basiert.
- Für ein Europa, das sich für den Frieden einsetzt: Für nukleare Abrüstung, den Abbau von Raketenabwehrsystemen, für eine Friedensinitiative im Nahen Osten.

III. Die Kräfteverhältnisse in Europa ändern

1/ Einheit schaffen für eine gemeinsame progressive Front

Wir haben aus den letzten drei Jahren wichtige Lektionen zu lernen. Eine linke Regierung in Griechenland zeigt sowohl, dass Wahlsiege möglich sind als auch, dass die Veränderung der Kräfteverhältnisse in einem einzigen Land nicht ausreicht. Wir müssen auch in anderen Ländern Breschen schlagen, um die Machtverhältnisse in Europa umzukehren. Die griechische Erfahrung dauert an und die GriechInnen werden wiederholt die europäischen Kämpfe gegen die Troika und in der Eurogruppe gewinnen müssen.

Der Fortschritt linker Bündnisse in Europa in den letzten Jahren zeigt, dass Einheit bei einem Thema kein leerer Slogan ist. Die Entwicklung der Kräfteverhältnisse in Europa kann nach und nach eine andere mögliche Zukunft aufzeigen, um mit den Grundprinzipien sowohl der Austeritätslogik, neoliberaler Politik und der Logik der Fremdenfeindlichkeit zu brechen, wo auch immer sie herkommen.

Das ist die Herausforderung für die ganze europäische Linke. Wir brauchen Siege, die eine linke Alternative in unseren Ländern und auf europäischer Ebene glaubhaft machen. Was für Griechenland oder Portugal gilt, wird in den kommenden Jahren auch gelten, wenn eine andere linke Kraft die höchsten Machtebenen erreicht.

Um den Anstieg fremdenfeindlicher Kräfte effektiver zu bekämpfen, um eine glaubwürdige politische Alternative zur Sparpolitik zu entwickeln, um die pessimistische Haltung und neoliberale Orientierung bei der Mehrheit der sozialdemokratischen Regierungen herauszufordern, muss die Linke in der Lage sein, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um eine neue historische Front zu bilden. Diese Front muss eine Mehrheit repräsentieren und fähig sein, die sozialen Kräfte, die ein Interesse daran haben, Veränderungen bei Themen wie sozialer Gerechtigkeit, Grundrechten und Volkssouveränität zu erreichen, zu vereinigen.

Unser Ziel ist schlicht, alle Bevölkerungsschichten zu vereinen, die die Verwüstung durch den Raubtierkapitalismus nicht mehr hinnehmen wollen, insbesondere die populäre Schicht („popular strata“ d.Ü.), die die Mehrheit der Bevölkerung bildet, deren Lebensstandard stagniert oder sinkt.

Anfänge existieren bereits. Einige Sektoren sind offen oder können anschlussfähig sein, so wie politische, soziale, zivilgesellschaftliche und intellektuelle Bewegungen, die ihre Opposition gegenüber der bestehenden Orthodoxie der Budgetüberschüsse und Austeritätspolitik zum Ausdruck bringen. Die EL ruft daher dazu auf, das breitest mögliche Spektrum jener Linken zu versammeln, die den Wunsch teilen, die Politik aufzuhalten, die die Idee einer Annäherung der europäischen Bevölkerung zerstört.

Die Gewerkschaften, die für die Rechte der Arbeitenden kämpfen, bilden einen entscheidenden Angelpunkt zur Neugründung Europas. Wir brauchen eine aktive Gewerkschaftsbewegung, wenn wir von der Austeritätspolitik abrücken wollen. Soziale Bewegungen, die auf europäischer Ebene organisiert sind, wie die Aktionen der Dockarbeiter gegen die Direktive, die Häfen zu privatisieren, sind nötig. Die EL unterstützt ihre Entwicklung. Die EL ist bereit, auf europäischer Ebene mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund und aufgeschlossenen Gewerkschaften zusammen zu arbeiten, für ein europäisches Projekt, das für die Arbeitenden von Nutzen ist. Die EL hat die entscheidende Bedeutung der Gewerkschaften und Arbeitskämpfe bei der Veränderung der Kräfteverhältnisse zugunsten der arbeitenden Klasse und der Menschen im weiteren Sinne anerkannt. Wir werden dabei helfen, alle Arbeitenden bei Streiks oder anderen Arbeitskämpfen zu unterstützen, der ihre Mitglieder unterstützen soll und werden alle Formen der Solidarität und Information über diese Aktionen in ganz Europa befördern.

Die kulturelle Auseinandersetzung ist von entscheidender Bedeutung. Die kulturelle Vielfalt der Menschen in Europa ist eine Quelle, die erhalten werden muss. Die herrschenden Klassen benutzen Kultur als eine Waffe, um den Menschen ihre eigenen Vorstellungen aufzuzwingen und um die

neoliberale und neokonservative Offensive in den Köpfen und politischen Vertretungen zu legitimieren, dabei häufig die politischen und sozialen Konzepte der Linken verdrehend. Für die Europäische Linke ist Kultur ein Werkzeug der Emanzipation, um Ideen von Frieden, Widerstand gegen Unterdrückung, Solidarität und den Schutz des Gemeinwohls zu fördern.

Das Tempo des politischen Wandels in den letzten Monaten zeigt uns, dass dies eine realistische Vision ist. Syrizas Wahlsieg in Griechenland, trotz der Hindernisse, die ihnen von der aggressiven Haltung der herrschenden Klassen Europas bereitet wurden; die Wahl Jeremy Corbys zum Chef der Labour Partei; der Zugewinn der Linken in Portugal und die Veränderungen in Spanien zeigen die Möglichkeiten auf. Die EL bekräftigt ihre Bereitschaft, mit allen linken Kräften zu arbeiten, die sich gegen Austeritätspolitik wenden, selbst wenn sie in Debatten über Lösungen der europäischen Krise unterschiedlicher Meinung sind. Sie bekräftigt auch ihre Bereitschaft mit SozialdemokratInnen zu arbeiten, die sich weigern, die Werte der Linken zu verurteilen und sich weigern, die neoliberale Offensive zu übertragen. Die EL will engere Kontakte mit ökologischen Kräften knüpfen, die sich nicht mit einem „grünen Kapitalismus“ zufrieden geben und den Wunsch teilen, sozialen und ökologischen Wandel zu kombinieren.

Darüber hinaus zeigt die Entstehung von zivilgesellschaftlichen Bewegungen und politischen Kräften in ganz Europa, die – wenn auch manchmal auf etwas unbestimmte Art – das Gleiche fordern, dass es in Europa den beträchtlichen Wunsch der Menschen gibt, sich die Werkzeuge der Staatsmacht und Volkssouveränität wieder anzueignen und auch das Bedürfnis, neue Formen der politischen Aktion zu erfinden. Die Bestrebungen betreffen auch konkrete Forderungen wie die Themen Wohnen, Energie, Wasser und Klima oder die Forderung nach politischer Transparenz und der Demokratisierung der öffentlichen Sphäre. Diese Bewegungen stellen das Grundthema des Gemeinwohls in das Zentrum der Debatte.

2/ Einen dauerhaften Rahmen für die progressiven Kräfte in Europa schaffen.

Die EL selbst wurde durch das Zusammenbringen von Kräften aus den unterschiedlichsten Traditionen gegründet. Sie konnte sich dank eines Konsenses entwickeln, der ihre Verschiedenheit respektierte. Gleichzeitig ist sie konsistenter geworden. Es gibt neue Debatten in unseren Reihen über die Herausforderungen der neuen Phase, die gerade beginnt. Wir müssen mit den Kräften, die der EL nicht beitreten wollen, immer besser zusammenarbeiten.

Den aktuellen Stand des Kräfteverhältnisses in Europa als Ausgangspunkt nehmend, hat unsere Partei sich entschlossen, die notwendigen Initiativen zu ergreifen, um einen neuen Abschnitt in unserer Bestrebung zu beginnen, die progressiven Kräfte zu vereinen und sich mit ihnen zu solidarisieren. Das zentrale Thema ist das ständige Anstreben einer Kooperation mit allen progressiven Kräften Europas. Dies muss auf resolut kühne Art geschehen. Wir müssen mit allen Kräften, die in der GUE/NGL vertreten sind, arbeiten. Die GUE/NGL spielt eine zentrale Rolle beim Schutz der Prinzipien der Solidarität, Gerechtigkeit, Menschen- und Frauenrechte, sowie der öffentlichen Dienste und des Friedens. Wir müssen auch mit den neuen linken Bewegungen, die überall in Europa gegründet werden, zusammenarbeiten, so in Spanien, Belgien, Irland, Polen und den Balkanländern und, ohne jemanden auszuschließen, mit neuen Bürgerbewegungen und Initiativen mit einer kritischen Haltung zu den europäischen Institutionen und der gemeinsamen Währung. Es gibt auch Kräfte, die zur Zusammenarbeit bereit sind, unter anderem ökologische oder Teile der Sozialdemokratie.

Dafür will die EL die bereits gestarteten Initiativen stärken, so wie das Forum des Südens in Barcelona, das Forum der Alternativen in Paris und die Allianz gegen Austerität in Athen. Diese bilden einen Rahmen, der sozialen, zivilgesellschaftlichen und intellektuellen Bewegungen ein Zusammentreffen ermöglicht. Die Europäische Bürgerinitiative zu Wasser und TTIP und die Kampagnen für Geschlechtergerechtigkeit und Frauenrechte sind ebenfalls Foren für gemeinsame, pluralistische Aktionen, bei denen die EL sehr aktiv ist.

Dabei entsteht die Frage eines neuen qualitativen Sprungs für diesen Ansatz. Die gegenwärtigen Herausforderungen illustrieren die Notwendigkeit neuer, breiterer Bündnisse. Wir rufen zur Schaffung

und Organisation eines neuen politischen Raums auf europäischer Ebene auf, der anfangs ein jährliches europäisches politisches Forum sein könnte. Das Ziel dieses Raums würde sein, all jene politischen, sozialen, gewerkschaftlichen, intellektuellen und NGO-Kräfte zusammen zu bringen, die derzeit einen Ausweg aus der Krise durch Fortschritt suchen. Diese unterschiedlichen Kräfte stimmen vielleicht nicht komplett in der Frage über den besten Weg überein, auf dem dieser Kampf zu führen ist. Das Entscheidende ist aber, ein gemeinsames Ziel zu teilen. Das Forum Sao Paulo weist hierbei den Weg. Das dort abgedeckte politische Spektrum ist bewusst breit und bringt Kräfte zusammen, die das gleiche Interesse teilen, die Menschenrechte, soziale Rechte und die Volkssouveränität zu schützen. Dies würde in Bezug auf die aktuelle Situation einen historischen gemeinsamen Nenner betonen, beginnend bei den bereits existierenden Beziehungen der Kräfte, über die zeitweise auftretenden Meinungsverschiedenheiten hinwegsehend.

Um dieses Ziel zu erreichen und selbst in dessen Dienste stehend, schlägt die EL allen verfügbaren Kräften in Europa vor, ein jährliches politisches Forum zu schaffen, das allen politischen, demokratischen und progressiven Kräften offensteht. Dieses Forum würde die Realisierung gemeinsamer Kämpfe unterstützen sowie den Versuch eines Machtausgleichs in Europa angehen. Es soll offen, plural und partizipativ sein, mit Bewegungen und Intellektuellen, hinarbeitend auf ein Arbeitsprogramm für ein gemeinsames Bündnis.

Die EL schlägt vor, das erste Forum im Herbst 2017 in Marseille abzuhalten.

Die EL, die heute neue Kräfte begrüßen konnte und von nun an 38 Mitglieder, Beobachter und Partner aus 25 Ländern hat, wird ihre Kräfte auf dieses Projekt einschwören, unter Einbeziehung aller und in der Verantwortlichkeit der neuen Steuerungs- und Vertretungsinstanzen: der kollektiven Präsidentschaft, des Politischen Sekretariats und des Vorstands.

Die größere Perspektive betreffend, könnte die EL ihre Handlungen nicht nur während ihres Kongresses alle drei Jahre, sondern jedes Jahr bei der von der Satzung definierten jährlichen Generalversammlung, neu abstimmen.